

Gegen die Beamtenvermehrung**Die geplante Errichtung eines Ernährungsministeriums.**

Die Herrenhausmitglieder Freiherr v. Ehrenfels und Genossen haben an die Regierung eine Anfrage betreffend die geplante Errichtung eines Ernährungsministeriums gerichtet, in der es heißt:

Die Kriegsergebnisse haben es mit sich gebracht, daß infolge der Schwierigkeiten der Ernährung die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, ein Ernährungsamt zu schaffen, an dessen Spitze ein Minister trat. Ohne hier näher erörtern zu wollen, inwiefern dieses Ernährungsamt den Erwartungen entsprochen hat, die man bei seiner Errichtung hegte, und ohne ein Urteil über seine bisherige Tätigkeit fällen zu wollen, soll eingeräumt werden, daß der Gedanke der Errichtung eines solchen Amtes in den Verhältnissen begründet war. Selbsterständlich wurde allgemein angenommen, daß dieses Amt beim Eintritt normaler Verhältnisse wieder aufgehoben werden wird. Nunmehr scheint es, daß dieses Amt in ein permanentes Ministerium umgewandelt wird. Es liegt auf der Hand, daß die Bildung dieses neuen Ministeriums nur dadurch geschehen kann, daß Agenden anderer Ministerien ihm übertragen, zum Teil künstlich neue Agenden für dasselbe geschaffen werden.

Es würde dadurch für die Friedenszeit die bestehende Verwaltung nur kompliziert und vervielfältigt werden. Der beste Beweis für die Gefahr, die durch die abermalige Aemter- und Beamtenvermehrung entsteht, liegt in dem Hinweis auf die Acker- und Erntestatistik, die bisher vom Ackerbauministerium besorgt wurde und 80.000 K. gekostet hat, während die von der Kriegsgetreidegesellschaft durchgeführte Statistik einen Aufwand von mehr als 1,5 Millionen Kronen erfordert, ohne daß die Resultate befriedigen würden. Das neue Ministerium würde von vornherein in Kompetenzkonflikte, hauptsächlich mit dem Ackerbauministerium, aber auch mit dem neu zu gründenden Sanitätsministerium geraten.

Angesichts dieser schwerwiegenden Umstände können die Unterzeichneten die große Besorgnis nicht unterdrücken, daß durch dieses Projekt nicht nur abermals eine ungerechtfertigte Aemter- und Beamtenvermehrung hervorgerufen und die Kompetenzkonflikte vermehrt werden, sondern daß auch den Anforderungen einer einheitlichen Verwaltung direkt entgegengehandelt, die Erledigung der Geschäfte verzögert und der Produktion neue Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Die Unterzeichneten stellen daher an die Regierung die Anfragen: 1. Verneht die Nachricht von der Errichtung eines Ernährungsministeriums auf Wahrheit? 2. Erachtet es die Regierung nicht für die richtige Lösung, nach dem Kriege die Angelegenheiten der Volksernährung in die bestehenden Ministerien einzugliedern?